

Versprochen – angepackt:

Halbzeitbilanz der Landesregierung von Rheinland-Pfalz

Tischvorlage zur Pressekonferenz am 7. November 2018

Inhalt:

Vorwort	S.2
Ministerium der Finanzen	S.2
Ministerium des Innern und für Sport	S.4
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau	S.7
Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten	S.9
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie	S.12
Ministerium für Bildung	S.15
Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur	S.19
Ministerium der Justiz	S.22
Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz	S.23
Staatskanzlei	S.25

Vorwort

Am 13 März 2016 haben die Wählerinnen und Wähler in Rheinland-Pfalz entschieden: Das Land soll in den kommenden fünf Jahren von einer Ampelkoalition regiert werden. Ein Novum für Rheinland-Pfalz. SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen setzen den Wählerauftrag zügig um und verständigen sich innerhalb weniger Wochen: Am 21. April 2016 steht der Koalitionsvertrag. Am 18. Mai wird die neue Landesregierung vereidigt. Hier die Halbzeitbilanz zum Nachlesen.

Ministerium der Finanzen

Doppelhaushalt 2019/2020: Gemeinsam – Zuversichtlich – Zukunft gestalten

Der Haushaltsentwurf der Landesregierung für 2019/2020 kommt ohne neue Schulden aus – und das bereits ab dem Jahr 2019. Zum ersten Mal seit der Finanzreform im Jahr 1969 ist keine Nettokreditaufnahme im Haushaltsplan enthalten. Wir werden planmäßig Schulden tilgen. Hinzu kommt: Wir haben vor allem auch strukturell einen ausgeglichenen Haushalt mit einem strukturellen Überschuss von 111 Millionen Euro in 2019 und 229 Millionen Euro in 2020. Der strukturelle Überschuss ist für die Haushaltsplanung von zentraler Bedeutung, weil er die um Konjunkturschwankungen bereinigte Größe ist. Wir haben einen deutlichen Sicherheitsabstand zur verfassungsrechtlichen Schuldenbremse eingeplant – und das in beiden Jahren.

Der Haushalt 2019/2020 setzt inhaltlich wichtige Schwerpunkte für die Zukunft des Landes: **steigende Investitionen, zuverlässige Sicherheit, starke Kommunen und ein gutes Zusammenleben in Rheinland-Pfalz.** Wir setzen den Breitbandausbau fort und intensivieren ihn, wofür bis 2020 insgesamt 124,7 Millionen Euro bereitstehen. Wir gehen auch den Gigabitausbau an und schaffen schon jetzt die Voraussetzungen dafür, dass in den nächsten Jahren 575 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Auch die gute Bildung von der Kita bis zur Hochschule bildet einen Ausgabenschwerpunkt. Insgesamt haben wir für den Bildungsbereich mehr als 4,6 Milliarden Euro pro Jahr vorgesehen. Ein besonderer Fokus des Doppelhaushaltes liegt auf den gleichwertigen Lebensverhältnissen im Land. Die finanzielle Situation der Kommunen wird erheblich verbessert und die Landesregierung bleibt ihr verlässlicher Partner.

Das Land als guter Arbeitgeber

Das Land ist ein guter Arbeitgeber. Wir wollen die **Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes** sichern, die besten Köpfe für die Tätigkeit im Landesdienst begeistern und sie im Land halten. Dafür nimmt die Landesregierung Geld in die Hand. Die Ergebnisse der Tarifrunde 2019/2020 sollen für die Beamtinnen und Beamten zeitgleich und systemgerecht übertragen werden. **Zusätzlich soll die Besoldung der Beamtinnen und Beamten um 2 mal 2 Prozent in 2019 und 2020 steigen.** Dies ist im Doppelhaushalt abgesichert.

Von der Entscheidung der Landesregierung werden rund 70.000 Landesbeamtinnen und -beamte sowie 48.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger profitieren. Darunter rund 37.000 Lehrerinnen und Lehrer, rund 9.000 Polizistinnen und Polizisten, rund 6.000 Finanzbeamtinnen und Finanzbeamte sowie rund 6.000 Beamtinnen und Beamte der Justiz sowie Richterinnen und Richter.

Engagierte und soziale Wohnungspolitik

Bezahlbares und bedarfsgerechtes Wohnen ist zu einer der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit geworden. Eine engagierte und soziale Wohnungspolitik ist unerlässlich. Kernstück ist die **soziale Wohnraumförderung**. Rheinland-Pfalz ist bei den Förderprogrammen breit aufgestellt und berücksichtigt zielgerichtet Stadt und Land. Dies spiegelt sich auch in den Förderzahlen wieder. Die soziale Mietwohnraumförderung zur Schaffung neuer bezahlbarer Wohnungen wird vor allem in den Städten nachgefragt. Im ländlichen Raum wird vor allem die Förderung für die Bildung von selbst genutztem Wohneigentum in Anspruch genommen. Viele junge Familien mit geringen und mittleren Einkommen konnten sich dadurch ein Eigenheim leisten.

Die attraktiven Förderprogramme des Landes zeigen Wirkung: Insgesamt stellt das Land für die soziale Wohnraumförderung im Jahr 2018 unter Einbeziehung des Kreditvolumens der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz 300 Millionen Euro bereit. Auch im **Doppelhaushalt 2019/2020 sind jährlich 300 Millionen Euro entsprechend veranschlagt**. Damit wird die soziale Wohnraumförderung auf hohem Niveau fortgesetzt.

Das ambitionierte Ziel zur Förderung von 20.000 Wohnungen ist zu einem Drittel erreicht (6.647 Wohneinheiten; Stand Ende September 2018). Davon entfallen alleine 2.603 Wohneinheiten auf das Jahr 2018 (bis Ende September), gefördert mit einem Volumen von rund 197,8 Millionen Euro. Anträge für die Förderung von 541 weiteren Wohneinheiten sind in Bearbeitung.

Das zeigt: Die im Rahmen des **Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen** erfolgten Verbesserungen der Förderprogramme sowie Projekte und Initiativen haben dazu geführt, dass die Nachfrage nach einer sozialen Wohnraumförderung stark angestiegen ist.

Bezahlbares Wohnen muss eine gemeinsame und zielgerichtete **Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen** sein. Das hat auch der Wohngipfel am 21. September 2018 deutlich gemacht. Wichtig ist hier insbesondere die geplante Grundgesetzänderung, mit der die Länder über das Jahr 2019 hinaus Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung erhalten.

Konsequent gegen Steuerbetrug

Steuergerechtigkeit und somit eine faire Finanzierung der öffentlichen Haushalte ist ein Grundpfeiler für ein funktionierendes Gemeinwesen und einen handlungsfähigen Staat. Deswegen gehen wir **konsequent gegen Steuerbetrug und Steuervermeidung** vor. In diesem Jahr hat sich Rheinland-Pfalz im Rahmen der Finanzministerkonferenz insbesondere für eine Verschärfung im Kampf gegen Umsatzsteuerbetrug im Onlinehandel eingesetzt. Im Kampf für mehr Steuergerechtigkeit erhofft sich das Ministerium der Finanzen erweiterte Möglichkeiten vom **Steuerungsbekämpfungsgesetz**, das gemeinsam von Bund und Ländern auf den Weg gebracht wurde. Wesentliche Gesetzesverschärfungen sind zu Beginn dieses Jahres in Kraft getreten.

Der Landesbetrieb LBB wurde evaluiert. Der Ministerrat hat daraufhin unter der Überschrift „**Landesbetrieb LBB 2020 – Effizienter planen, bauen und verwalten**“ Reformen auf den Weg gebracht. Baufortschritte sollen beschleunigt, die Gebäudeinstandhaltung effizienter ausgestaltet und die Interessen der Nutzer stärker einbezogen werden. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der Beschlussfassung über den Doppelhaushalt 2019/2020.

Ministerium des Innern und für Sport

Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger

Die Landesregierung tut alles dafür, dass die Menschen auch in Zukunft in Sicherheit und Freiheit leben können. Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land - das belegen die Kriminalstatistik und eine seit Jahren hohe Aufklärungsquote. Die Zahl der Straftaten lag 2017 auf dem niedrigsten Stand seit 1995. Durch die gute Arbeit unserer Polizei liegt das Land mit einer Aufklärungsquote von 64,4 Prozent weit über dem Bundesdurchschnitt und belegt 2017 im Ländervergleich den dritten Platz.

Ein **gutes Beispiel für die erfolgreiche Arbeit** unserer Polizei ist der **Wohnungseinbruchdiebstahl**. Polizeipräsidien und LKA haben die täterorientierte Ermittlungsarbeit intensiviert und in den Präsidien Arbeitsgruppen zur Bekämpfung der Bandenkriminalität eingerichtet. Der Erfolg kann sich sehen lassen: Die Zahl der Einbrüche und Einbruchversuche ging 2017 um 28,3 Prozent zurück. Fast jede zweite Straftat scheiterte schon im Versuchsstadium. Bei vollendeten Einbrüchen wurde das niedrigste Niveau seit 2009 registriert.

Die von uns angestrebte **Anzahl der Polizistinnen und Polizisten im Land** haben wir im Koalitionsvertrag formuliert: Im Jahr 2021 sollen mit 9160 Vollzeitstellen rund 9.600 ausgebildete Polizisten ihren Dienst leisten. Dazu haben wir die **Einstellungszahlen seit 2016 stetig angehoben**, sie bleiben auch 2019 und 2020 auf einem Rekordniveau. Wir entlasten und unterstützen den Polizeivollzug auch im kommenden Doppelhaushalt insbesondere durch die Fortsetzung der Tarifbeschäftigten- sowie der Spezialistinnen- und Spezialistenprogramme.

In den letzten Jahren sind mit der Terrorbedrohung **neue sicherheitspolitische Herausforderungen** entstanden. Daher schreiben wir unsere polizeilichen Konzepte ständig fort. Trainingseinheiten für „Lebensbedrohliche Einsatzlagen“, kommen den Beamtinnen und Beamten im Wechselschichtdienst zugute. 50 zusätzliche Beamtinnen und Beamte verstärken die intensive Gefährderüberwachung, die Spezialkräfte sowie operative und technische Einheiten. Zusätzlich stellen wir im Doppelhaushalt 2019/2020 fast 60 Millionen Euro Investitionsmittel im Bereich von Führungs- und Einsatzmitteln und für die Modernisierung der IT-Infrastruktur bereit.

Zum 1. Oktober 2017 hat die Landesregierung das **neue Polizeipräsidium Einsatz, Logistik und Technik (PP ELT)** eingerichtet. Damit kann die Polizei ihre Aufgaben noch effizienter bewältigen. In dem neuen Präsidium wurden die Bereitschaftspolizei, die Spezialeinheiten, die Zentralstelle für Polizeitechnik, das Wasserschutzpolizeiamt und die Zentralstelle für Gesundheitsmanagement der Polizei als jeweils eigene Abteilungen zusammengeführt.

Nachdem mit dem letzten Doppelhaushalt der **Verfassungsschutz** um 28 Stellen personell verstärkt wurde, sind im kommenden Doppelhaushalt nochmals fünf weitere Stellen etatisiert.

Breitbandversorgung, Ausbau der Gigabit-Netze und Netzbündnis

Eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur ist die Basis, um Land und Leute zu vernetzen. Deswegen sorgt die Landesregierung dafür, dass alle Regionen des Landes am digitalen Fortschritt teilhaben können. **Rheinland-Pfalz vollzieht dabei zügig den Netzwechsel vom Kupfer zur Glasfaser und schafft bis zum Jahr 2025 die Voraussetzungen für flächendeckende Gigabit-Netze.**

Der Netzinfrastrukturwechsel gelingt nur, wenn Synergien genutzt werden. Das im Jahr 2017 gegründete **Netzbündnis für Rheinland-Pfalz** versammelt alle Akteure, die den Breitbandausbau in Rheinland-Pfalz und vor Ort vorantreiben: die Telekommunikationsunternehmen, die Kommunen sowie die Verbände der Telekommunikationsbranche und die Kammern.

Für den **Netzinfrastrukturwechsel** und den Eintritt in die Gigabit-Gesellschaft wird in den kommenden Jahren ein zusätzlicher **Verfügungsrahmen von rund 575 Millionen** Euro bereitgestellt. Wir unterstützen die Kreise, bei denen ein Upgrade möglich ist. Bis zu acht Landkreise werden daher schon jetzt den Anschluss an die Gigabit-Gesellschaft erreichen und gehen damit weit über die geplanten 50 Mbit/s hinaus. Der Glasfaseranteil in den Gebieten wird wesentlich erhöht.

Rheinland-Pfalz hat in den letzten Jahren Tempo beim **Breitbandausbau** gemacht. Mitte 2018 waren bereits **80,9 Prozent** der rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger mit **Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s** versorgt, Bandbreiten von **mindestens 100 Mbit/s** standen für **62,7 Prozent** zur Verfügung. **In den ländlich geprägten Regionen** stand Rheinland-Pfalz Mitte 2018 mit einer Verfügbarkeit von 50 Mbit/s für **52,3 Prozent** sogar an erster Stelle im Ländervergleich.

Digitale Dörfer

Dass die Breitband-Versorgung gerade auch dem ländlichen Raum neue Chancen der Vernetzung bietet, zeigen die **Digitalen Dörfer**.

In der ersten Projektphase ging es um die digitale Unterstützung von unentgeltlicher Nachbarschaftshilfe beim Transport von Gütern der täglichen Versorgung. Das Digitalisierungskabinett beschloss 2016 die Weiterführung des Projekts. Für die Jahre 2017 bis 2019 wird das Fraunhofer Institut mit 1,35 Millionen Euro gefördert. Die Modellkommunen aus der ersten Projektphase nehmen auch an der zweiten Phase teil.

Die zweite Projektphase wird nun mit zusätzlichen rund 1,7 Millionen Euro unterstützt und bezieht weitere Handlungsfelder mit ein: Digitaler Dorfladen, Digitalisierung von Geschäftsprozessen im Bereich Bürgerservice und Mängelmelder, Bürgerbus-App und Kommunikationsangebote wie Dorf-Funk und Dorf-News. Der **Projekterfolg** zeigt sich auch durch die Auflage vergleichbarer Projekte in anderen Bundesländern.

Städte, Dörfer und ländlicher Raum in Rheinland-Pfalz

Der **ZukunftsCheck Dorf** unterstützt Dörfer bei eigenen Lösungsansätzen für soziale und bauliche Herausforderungen und bei interkommunaler Kooperation. Wir fördern zudem die Bereitschaft zwischen Politik, Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Meist kombinieren wir den ZukunftsCheck Dorf mit einem Kreisentwicklungskonzept.

Starke Kommunen – Starkes Land

Seit Anfang 2018 läuft die zweite Runde dieser Zukunftsinitiative mit den Themenschwerpunkten „Städtenetz“ und „Stadt-Umland-Kooperation“. In den Modellräumen sollen bis Ende 2021 gemeinsam Strukturen und Netzwerke aufgebaut und Umsetzungsstrategien entwickelt werden. Sie sollen den Kommunalverwaltungen und den lokalen Akteuren ermöglichen, die Kommunen in ihrer Region zukunftsfest aufzustellen.

Förderung des ländlichen Raums

Alleine in diesem Jahr kommen dem ländlichen Raum rund 18,5 Millionen Euro aus der **Dorferneuerung** zugute. In Rheinland-Pfalz fließen die Mittel zur **Städtebauförderung** nicht alleine in die Oberzentren und großen Mittelzentren. Wir stärken damit auch die kleineren Städte und Gemeinden im ländlichen Raum, die Mittelpunkte ihrer Versorgungsbereiche sind. Landesweit profitieren 191 Projekte in 2018 von der Förderung aus dem **Investitionsstock** des Landes. Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln können durch die Kommunen wichtige Impulse für das Gewerbe, das Handwerk und damit letztlich für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen im ganzen Land gesetzt werden.

In den **Doppelhaushalt 2019/2020 sind pro Jahr rund 143 Millionen Euro** für die genannten Unterstützungsmaßnahmen und Förderprogramme der kommunalen Entwicklung (wie z.B. Städtebauförderung, Investitionsstock, Dorferneuerung, ZukunftsCheck Dorf, Kreisentwicklung und Starke Kommunen – Starkes Land) eingestellt.

Verbesserungen im kommunalen Finanzausgleich

Mit der Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs hat die Landesregierung die finanzielle Ausstattung der Kommunen nachhaltig verbessert. Dabei liegt ein Schwerpunkt bei den Städten und Landkreisen mit besonders hohen Ausgaben bei der Sozial- und Jugendhilfe. Die Landesregierung hat damit das in der Koalitionsvereinbarung festgelegte Ziel einer **Entlastung von Kommunen mit besonders hohen Sozialausgaben** eingelöst. So ist ab diesem Jahr die Schlüsselzuweisung C3 mit einem Volumen von 60 Millionen Euro neu eingeführt worden. Insgesamt bekommen die kommunalen Gebietskörperschaften im Jahr 2018 rd. 176 Millionen Euro mehr Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich als im vergangenen Jahr. Auch in den kommenden Jahren wird die Finanzausgleichsmasse steigen, im nächsten Jahr um 225 Mio. Euro und im Jahr 2020 um weitere 115 Mio. Euro. Bis 2020 werden den Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich mit rund 3,27 Milliarden Euro insgesamt knapp 1,3 Milliarden Euro mehr zur Verfügung stehen als 2013 – vor der letzten Reform. Mit der aktuellen Neuregelung leistet die Landesregierung ihren Beitrag zu angeglichenen Lebensverhältnissen in den Städten und auf dem Land.

Initiativen für Mittelrhein / BUGA

Die Ausrichtung einer Bundesgartenschau wird für die weitere Entwicklung des UNESCO Welt-erbes Oberes Mittelrheintal wichtige und nachhaltige Impulse geben. Die Landesregierung unterstützt die Ausrichtung der BUGA im Mittelrheintal. In der Sitzung des Zweckverbandes Welterbe Oberes Mittelrheintal am 15. Oktober 2018 wurde beschlossen, die BUGA dort bereits im Jahr 2029 durchzuführen. Ein verbindlicher Managementplan für die Welterbestätte soll als Leitfaden Möglichkeiten für die weitere welterbekonforme wirtschaftliche, demografische und gesellschaftliche Entwicklung des Tals aufzeigen.

Die Planungen zum Bau einer **Mittelrheinquerung** bei St. Goar/ St. Goarshausen wurden gemäß dem Koalitionsvertrag wieder aufgenommen. Am 23. Oktober 2018 fand eine Antragskonferenz zur Vorbereitung eines Raumordnungsverfahrens statt. Im Rahmen der Antragskonferenz sollten das Verfahren und die notwendigen Gutachten mit den Trägern öffentlicher Belange abgestimmt werden. Durchgeführt wird das ROV durch die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord im Auftrag des Ministeriums des Innern und für Sport.

Land stellt sich auf die zunehmende Gefahr von Unwettern ein

In Rheinland-Pfalz wurden wir in diesem Sommer vor allem in Regionen abseits der großen Flüsse von extremen Fluten heimgesucht. Nach den schweren Unwettern wurden betroffene Landkreise und kreisfreie Städte mit einem umfangreichen **Hilfspaket** unterstützt. Allein für die **Unterstützung von bedürftigen Privatpersonen** wurde eine Summe von **3,5 Millionen Euro** bereitgestellt.

Maßnahmenpaket stärkt den Brandschutz

Die Landesregierung hat mit dem Entwurf des Doppelhaushaltes 2019/2020 vieles auf den Weg gebracht, um die Situation an der **Landesfeuerweherschule** weiter zu verbessern. Das Maßnahmenpaket der Landesregierung umfasst für den Brand- und Katastrophenschutz vier neue Stellen, zwei zusätzliche Brandreferendarstellen und zehn Stellenhebungen, um qualifiziertes Personal zu binden. Im Laufe der kommenden beiden Jahre werden zudem die Planungen für eine Sanierung und Erweiterung der Landesfeuerweherschule angegangen, um sie zukunftssicher aufzustellen und als BKS-Kompetenzzentrum des Landes zu stärken. Auch das Referat Brand- und Katastrophenschutz bei der ADD soll fünf zusätzliche Stellen und zwei Stellenhebungen erhalten.

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Erhalt und Ausbau der Infrastruktur

In der **Verkehrspolitik** kann die Landesregierung punkten mit der deutlichen **Erhöhung der Investitionen in Landesstraßen**. In dieser Legislaturperiode werden 600 Millionen Euro Landesmittel verbaut. Ebenso wird mehr Geld vom Bund abgerufen als je zuvor – in 2017 flossen insgesamt 500 Millionen Euro in den Erhalt und Ausbau von Landes- und Bundesstraßen. Wir haben mehr Ingenieursstellen beim Landesbetrieb Mobilität geschaffen, nämlich 76 seit 2016. Im aktuellen Etatentwurf sind nochmals 61 neue Stellen vorgesehen, davon 30 im technischen Dienst.

Mit dem „**Mobilitätskonsens 2021**“ startet die Landesregierung einen breit angelegten Beteiligungsprozess, in dem die Mobilitätsanforderungen der Zukunft besprochen werden. In regionalen Verkehrsforen werden Antworten auf die örtlichen Verkehrsherausforderungen gefunden.

Mit der **Gründung des Netzwerks „We move it“** in diesem Jahr unterstützt die Landesregierung Forschung und Entwicklung für innovative Antriebe. Wir wollen Rheinland-Pfalz als Standort etablieren, an dem neue Fahrzeuge oder Fahrzeugteile entwickelt, erprobt, produziert und eingesetzt werden. „We move it“ hat mit seinen Veranstaltungen bereits über 200 Unternehmensvertreter im Land erreicht. Rege genutzt wird auch die Datenbank der Initiative.

Initiativen zur Wirtschaftsförderung

Wir setzen die **Wirtschaftsförderung** auf hohem Niveau fort und intensivieren das **Standortmarketing**. Einige Beispiele: Das **neue Fördermodul InnoStart** (seit 2016) unterstützt gezielt niedrigschwellige Einstiegsprojekte, um kleine und mittlere Unternehmen zur Kooperation mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu motivieren. Seit 2017 fördern wir die Teilnahme

mittelständischer Unternehmen an **Auslandsmessen** mit einem Messezuschuss. Im Jahr 2019 wollen wir ein **Standortmarketingkonzept** für die Bereiche Außenwirtschaft, Wirtschaft und Tourismus vorlegen.

Wir haben uns vorgenommen, das **Gründungsklima** in Rheinland-Pfalz deutlich zu verbessern. Dazu ist die Landesregierung bereits 2016 in direkte Gespräche mit Gründern eingestiegen und hat die **Gründerallianz** ins Leben gerufen. Die Förderprogramme InnoStart und InnoTop wurden überprüft und angepasst. Es gibt eine Anschubfinanzierung für Gründungsbüros an Hochschulen. Im Jahr 2019 soll die **StartupInitiative** beginnen, die Gründern einen besseren Zugang zu privatem Kapital geben soll. Der **Innovationsfonds II** (Wagniskapital für Gründer) kann mit dem neuen Haushalt auf bis zu 50 Millionen Euro aufgestockt werden.

Im Koalitionsvertrag hat die Landesregierung versprochen, dass wir das **Handwerk unterstützen und fördern**. Zum Beispiel mit einem **Meisterbonus** als Anerkennung und Förderung der Bereitschaft zur Fortbildung. 2018 haben wir ihn unter dem Namen „**Aufstiegsbonus I + II**“ eingeführt, auch rückwirkend für das Jahr 2017. Mit dem „Aufstiegsbonus I“ ist eine Prämie von 1000 Euro nach dem erfolgreichen Abschluss verbunden. Der „Aufstiegsbonus II“ honoriert die Existenzgründung mit einer Zahlung in Höhe von 2500 Euro. Das **Angebot ist erfolgreich**: Für den Aufstiegsbonus I rechnen wir für die Jahre 2017/18 mit über 6000 Anträgen aus den Bereichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern und der Landwirtschaft. Für den Aufstiegsbonus II erwarten wir rund 1500 Anträge.

Sicherung des Fachkräftebedarfs

Maßnahmen zur **Sicherung des Fachkräftebedarfs** im Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsministeriums erfolgen auf mehreren Ebenen, zum Beispiel:

- Mit den „**Berufsorientierungscamps im Handwerk**“ (Pilotprojekt Herbst 2016/Start 2017) lernen Schülerinnen und Schüler in den Ferien unterschiedliche handwerkliche Berufe kennen und erhalten einen praktischen Einblick in die Möglichkeiten und Chancen einer dualen Ausbildung. Es stehen rund 300.000 Euro als Zuschuss für die Camps zur Verfügung. Im Jahr 2018 nahmen rund 750 Schülerinnen und Schüler an einem Camp teil. Die Ferienangebote sind so erfolgreich, dass es bereits Anfragen nach Camps in den Winterferien gibt.
- Die „**Coaches für betriebliche Ausbildung**“ wurden auf den DEHOGA-Bereich ausgeweitet. Sie halten Kontakt zu Unternehmen und helfen jungen Menschen, einen Ausbildungsplatz zu finden. Die Coaches bei den Handwerkskammern haben in der ersten Jahreshälfte 2018 bereits 3.234 Handwerksbetriebe besucht, 1.079 Jugendliche beraten und begleitet und über 700 Ausbildungsplätze eingeworben. Das MWVLW unterstützt die Arbeit der Coaches mit rund 670.000 Euro pro Jahr.
- „**Handwerk attraktiv**“ in Kooperation mit den Kammern richtet sich an Handwerksbetriebe, die ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und ihre Außendarstellung als attraktives Unternehmen verbessern wollen.

Neue Wege im Tourismus

Die Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag vorgenommen, die **Tourismusstrategie 2025** des Landes Rheinland-Pfalz mit den Partnern im Tourismusnetzwerk zu entwickeln und

diese **am 31. Oktober 2018 vorgestellt**. Ein neues Tourismusverständnis soll die lokale und regionale Wertschöpfung erhöhen. Das Ziel ist, touristische Angebote – auch innerhalb von Regionen - besser zu vernetzen, um den Wünschen der Gäste noch besser gerecht werden. Dabei sollen die touristischen Leistungsträger, die Bürgerinnen und Bürger und die Kommunen stärker von der Wertschöpfung des Tourismus profitieren. Das erste konkrete Projekt ist ein Standortwettbewerb, mit dem nachahmenswerte Beispiele im Sinne der neuen Strategie ausgezeichnet werden. Vorgesehen sind die Entwicklung einer für das Standortmarketing anschlussfähigen Tourismusmarke Rheinland-Pfalz und die Erhöhung der Haushaltsmittel in 2019 um zwei Millionen und 2020 um 3,5 Millionen Euro.

Hilfe für die Landwirtschaft

Die **landwirtschaftlichen Betriebe** in Rheinland-Pfalz müssen mit zunehmendem Wettbewerbsdruck, volatilen Agrarmärkten sowie mit den Folgen der Klimaveränderung umgehen. Wir wollen die Betriebe in Landwirtschaft und Weinbau **bei den Herausforderungen in Wettbewerb und Modernisierung** unterstützen. Dazu bieten wir einzel- und überbetriebliche Strategien zur Erhöhung der Einkommensperspektiven und Senkung der Kosten, zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen, zur Modernisierung des Sektors durch Digitalisierung und „Landwirtschaft 4.0“ sowie zum effektiven Risiko- und Krisenmanagement.

Wir fördern unter anderem den Erwerb moderner, umweltschonender Technik, wir bieten Beratung und Förderung für intelligente Roboter-, Sensor- und Satellitentechnik und eine höhere Förderung für tiergerechte Stallbauten. Wir fördern die Einkommensdiversifizierung und haben das zuschussfähige Investitionsvolumen auf 1,5 Millionen Euro erhöht.

Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten

Energiewende und Klimaschutz

In unserem Koalitionsvertrag haben wir die Energiewende und den Schutz des Klimas fest verankert. Bis 2050 wollen wir in Rheinland-Pfalz klimaneutral sein. Wir setzen das **Landesklimaschutzkonzept** auch in dieser Legislaturperiode weiter um, bereits 70 Prozent der Maßnahmen sind auf dem Weg.

Mit der **Energiewende** werden erhebliche Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Einkommen erzielt. Beim Ausbau von Energie aus Wind, Sonne und Biomasse ist Rheinland-Pfalz auf einem guten Weg: Fast jede zweite erzeugte Kilowattstunde Strom stammt aus erneuerbaren Energien. Größter Stromerzeuger ist dabei die Windenergie mit rund 54 Prozent Anteil an der regenerativen Stromproduktion. Rheinland-Pfalz wird vom Stromimporteureur zum Stromerzeuger und stärkt damit enorm die regionale Wertschöpfung.

Im Koalitionsvertrag haben wir uns die **Wärmewende** als einen weiteren Baustein für das Gelingen der Energiewende vorgenommen und dazu das Wärmekonzept für Rheinland-Pfalz entwickelt. 49 Maßnahmen unseres **Wärmekonzepts** werden zur Senkung des Wärmebedarfs und zur Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien beitragen, z.B.:

- Mit dem Programm „**Wärmewende im Quartier**“ fördern wir die Erstellung von Quartierskonzepten und die Einstellung von Sanierungsmanagern. Seit Oktober 2017 haben wir bereits 45 Anträge mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 3,68 Millionen Euro bewilligt.
- Mit dem Förderprogramm „**Zukunftsfähige Energieinfrastruktursysteme – ZEIS**“ unterstützen wir Kommunen beim Ausbau von Wärmenetzen auf Basis erneuerbarer Energien. Wir haben bereits 12 Wärmeverbände mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 13 Millionen Euro unterstützt.
- Mit dem Förderprogramm „**1.000 effiziente Öfen für Rheinland-Pfalz**“ setzten wir Anreize und sensibilisieren die Öffentlichkeit, alte Einzelraumfeuerungsanlagen durch moderne und hocheffiziente Anlagen zu ersetzen. Wir haben mehr als 1.400 Anträge positiv beschieden.
- **Leuchten für den Klimaschutz:** Die Landesregierung unterstützt Kommunen bei der Umstellung ihrer Straßenbeleuchtung auf klimafreundliche und effiziente LED-Lampen. Dieses Angebot haben seit 2016 71 Kommunen angenommen und insgesamt etwa 11.700 Leuchten umgerüstet. Das Land hat das mit rund 4,9 Millionen Euro unterstützt. Durch die Umrüstung sparen die Kommunen jährlich rund 3,2 Millionen kWh und etwa 650.000 Euro pro Jahr ein. Über die Lebensdauer der Lampen werden circa 41.000 Tonnen klimaschädliches CO₂ vermieden.

Im kommenden Jahr liegt der Schwerpunkt unserer Arbeit vor allem auf der **Wärmewende**: Ein Wärmekongress Anfang 2019 wird den Auftakt machen für einen Schwerpunkt zu den Themen Wärmewende und Klimaschutz in den Kommunen. 2019 soll eine **Solarinitiative** gestartet werden. Auf Bundesebene setzen wir uns weiter vehement dafür ein, sichere und verlässliche Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien im Strom- und Wärmesektor zu schaffen.

„Aktion Grün“

Im Koalitionsvertrag haben wir das Ziel formuliert, unsere natürliche Lebensgrundlage und damit die biologische Vielfalt im Land zu schützen. Mit der „**Aktion Grün**“ wollen wir das gemeinsam mit allen relevanten Akteuren, wie Kommunen, Naturschutzverbänden oder Interessenverbänden schaffen. Sie wurde im Jahr 2017 gestartet und damit erstmals einen übergreifenden Politikansatz mit allen gesellschaftlichen Gruppen in einem eigenen Aktionsprogramm festgeschrieben. Zur Umsetzung stehen zwischen 2017 und 2020 insgesamt **neun Millionen Euro** zur Verfügung. Unser Ziel ist es, mit der „Aktion Grün“ den Rückgang der biologischen Vielfalt bis 2025 zu stoppen und gleichzeitig mit konsequentem Klimaschutz die Folgen des Klimawandels als neue Gefahr für die Tiere und Pflanzen zu reduzieren. Wir werden in den kommenden Jahren zahlreiche „Aktion Grün“-Projekte fördern. Außerdem sollen weitere Städte und Gemeinden als die „Aktion Grün“-Kommunen ausgezeichnet werden. Erfolge im Naturschutz zeigen, dass jede Maßnahme wirkt: Die Wildnisfläche hat von 4 auf rund zehn Prozent zugenommen.

Hochwasservorsorge

Der **Hochwasserschutz** ist und bleibt eine zentrale Aufgabe der Landesregierung. Durch den Klimawandel und seine Folgen steigt in Rheinland-Pfalz das Risiko für eine Zunahme von Extremwetterlagen. Starkregenereignisse und Hochwasser sind allerdings nicht zu verhindern, wir können jedoch Vorsorge betreiben und so die Schäden wirksam vermeiden. Dazu gehört neben einer konsequenten Klimaschutzpolitik die Hochwasservorsorge, in die die Landesregierung jährlich rund 50 Millionen Euro investiert. In den nächsten fünf Jahren sollen **alle Kommunen ein Hochwasservorsorgekonzept** aufstellen. Wir haben dafür insgesamt 18 Millionen Euro zur

Verfügung gestellt. Städte und Gemeinden können für ein solches Konzept eine finanzielle Förderung des Landes in Höhe von bis zu 90 Prozent erhalten. Derzeit werden rund 500 örtliche Hochwasservorsorgekonzepte erarbeitet oder sind zur Förderung beantragt.

Wir werben mit unserer **Elementarschadenkampagne** zusammen mit der Versicherungswirtschaft und der Verbraucherzentrale für den Abschluss einer Elementarschadensversicherung. Die **Reserveräume für Extremhochwasser** (Eich und Hördt) werden geplant und umgesetzt.

Mit Fördermitteln aus der „**Aktion Blau Plus**“ werden artenreiche Gewässer und natürliche Wasserrückhaltung wiederhergestellt. Rund 1.350 Renaturierungsprojekte auf einer Gesamtlänge von mehr als 900 Kilometern sind bereits umgesetzt. Wie erfolgreich die „Aktion Blau Plus“ ist, zeigt ein aktueller bundesweiter Vergleich: Beim Gewässerschutz ist Rheinland-Pfalz Spitze.

„Rheinland-Pfalz isst besser“

Die erfolgreiche Landesinitiative „**Rheinland-Pfalz isst besser**“ führen wir fort und setzen uns damit weiter für gutes und ausgewogenes Essen ein. Wir bringen regionale und ökologische Lebensmittel in Gemeinschaftseinrichtungen wie Kitas und Schulen, sensibilisieren bereits junge Menschen für eine gesunde, frische und nachhaltige Ernährung. Die Ernährungsbildung in Kitas, Schulen und Gemeinschaftsküchen umfasst inzwischen mehr als 20 Projekte.

Das EU-Schulprogramm wird in mehr als 90 Prozent der Schulen und etwa 80 Prozent aller Kitas im Land umgesetzt. Ein wichtiger Baustein sind dabei auch die verpflichtenden Maßnahmen zur Ernährungsbildung. Unsere weiteren Ziele sind: Jedes Kind soll in Kita und Schule ein ausgewogenes Mittagessen nach den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung erhalten. Mit einer **Ernährungskampagne** rücken wir das Thema gesunde und ausgewogene Ernährung im Jahr 2019 weiter in den Fokus – nicht nur bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern, sondern auch bei den Einrichtungen, die Essen für ihre Kita- und Schulkinder anbieten. Wir wollen zudem eine gute und ausgewogene Gemeinschaftsverpflegung für Senioren ausbauen.

Ökologische Landwirtschaft

Wir haben im Koalitionsvertrag unser Ziel formuliert, den **Flächenanteil des ökologischen Landbaus** in Rheinland-Pfalz auf 20 Prozent zu erhöhen. Seit 2010 hat der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche von 37.733 auf 69.032 Hektar im Jahr 2017 zugenommen – das ist ein Flächenzuwachs von 83 Prozent und entspricht etwa zehn Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Rheinland-Pfalz. Im Jahr 2017 erreichten wir insgesamt 69.032 Hektar. Rund jeder zehnte Betrieb im Land wirtschaftet inzwischen ökologisch. Um unser Ziel von 20 Prozent Ökolandbau in Rheinland-Pfalz zu erreichen, haben wir einen ersten Öko-Aktionsplan mit 42 Maßnahmen erarbeitet. Für deren Umsetzung sind 2019 und 2020 jeweils 300.000 Euro eingeplant. Der Öko-Aktionsplan wird gemeinsam mit den Akteuren entlang der Wertschöpfungskette von der Erzeugung über die Erfassung, Verarbeitung und Vermarktung für Biolebensmittel umgesetzt.

Weniger Plastikmüll

Wir wollen auch in Rheinland-Pfalz Plastik-Abfälle reduzieren. Wir haben einen „**Runden Tisch zur Kunststoffstrategie**“ mit Vertretern der gesamten Wertschöpfungskette für Kunststoff gegründet. Mit der Initiative „**BecherBonus**“ setzen wir auf Abfallvermeidung im Alltag und Ver-

braucheraufklärung. Ein zweiter Schritt soll der **Aufbau eines echten Mehrwegbechersystems** sein. Es gibt bereits verschiedene Initiativen im Land, in Kommunen oder in Universitäten, die Pfand-Kaffeebecher anbieten. Diese wollen wir in den Prozess einbeziehen.

Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

Ambulante ärztliche Versorgung

Wir sichern die ärztliche Versorgung in der Stadt und auf dem Land: Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, haben wir den „**Masterplan** zur Stärkung der ambulanten hausärztlichen Versorgung“ fortgeführt und um neue Maßnahmen ergänzt. Wir haben zum Beispiel die **Niederlassungsförderung** auf weitere Regionen ausgeweitet und **Wiedereinstiegskurse** für nicht berufstätige Ärztinnen und Ärzte eingeführt.

Um die **Kommunen** bei der Weiterentwicklung der ärztlichen Versorgung verlässlich zu unterstützen, haben wir eine **neue Beratungsstelle** ins Leben gerufen. Diese knüpft an das erfolgreiche Projekt „**Lokale Zukunftswerkstätten** zur Sicherung der ärztlichen Versorgung“ an, bei dem bis Sommer 2018 über 30 Kommunen passende Strategien für Lösungen vor Ort erarbeitet haben. Mit dem **Kompetenzzentrum Weiterbildung Allgemeinmedizin** an der Universitätsmedizin Mainz wurde ein breites Angebot an Mentoring-Programmen, Workshops und Weiterbildungsseminaren für Ärztinnen und Ärzte geschaffen. Außerdem wurde der Aufbau von **Weiterbündnissen** in der Allgemeinmedizin vorangetrieben – die im Koalitionsvertrag angestrebte Anzahl von 10 Verbänden ist bereits erreicht.

Zudem fördern wir Alternativen zum klassischen Erwerbsmodell als freiberuflicher Hausarzt, zum Beispiel **Medizinische Versorgungszentren**, die auch genossenschaftlich organisiert sein können. Das ist attraktiv gerade für jüngere Mediziner. Wir sind stolz darauf, dass nun in der Eifel unsere erste **Ärztegenossenschaft** startet – auch durch unseren Einsatz für eine Zulassung. Damit mehr solche Angebote entstehen, weiten wir die Niederlassungsförderung auf Genossenschaften und MVZs aus, richten einen Genossenschafts-Lotsen bei der Landeszentrale für Gesundheitsförderung ein und schließen ein Bündnis mit KV, LÄK und den Kommunalen Spitzenverbänden zur Förderung solcher Modelle.

Noch in diesem Jahr bringen wir unsere neue **Landarzt-Offensive** auf den Weg: Durch eine **Landarzt-Quote** fürs Medizinstudium können nun junge Menschen ohne 1.0-Abi zum Zuge kommen, wenn sie sich verpflichten, später in einer unterversorgten Region als Landärztin oder Landarzt zu arbeiten. Außerdem gibt es mehr **Medizin-Studienplätze**.

Wir sorgen vor

Gesundheitsprävention betrifft alle Generationen und Lebenswelten. Im Koalitionsvertrag haben wir festgelegt, dass Früherkennung, Kindergesundheit, Arbeitsschutz, gesundheitsfördernde Bedingungen in der Arbeitswelt, in den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und ein gesundes Älterwerden wichtige Ziele für eine **Präventionsstrategie** sind. Dazu haben wir mit den Krankenkassen, den Pflegekassen, den Trägern der Rentenversicherung und den Trägern der Unfallversicherung eine **Landesrahmenvereinbarung Prävention** geschlossen. Dies gewährleistet eine bessere **Vernetzung der Akteure** und ist wichtig, weil sich die gesellschaftli-

chen Herausforderungen nur gemeinsam bewältigen lassen. Um die Prävention in den Betrieben zu stärken, haben wir das Modellprojekt **Kommunales Netzwerk Betriebliches Gesundheitsmanagement** ins Leben gerufen.

Ein Beispiel für erfolgreiche **Prävention zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit** ist das Modellprojekt **Gemeindeschwester^{plus}**. Das Projekt bietet für hochbetagte Menschen gesundheitsfördernde Unterstützung und Beratung. Die Gemeindeschwester^{plus} besucht die Menschen zuhause und berät sie individuell: zum Beispiel darüber, welche Angebote und sozialen Kontakte zur Stärkung der Selbständigkeit vor Ort genutzt werden könnten. Ziel ist, die Selbständigkeit im Alter lange zu erhalten.

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, bauen wir diesen Ansatz weiter aus. Der im Mai 2018 vorgelegte wissenschaftliche Evaluationsbericht belegt: Der präventive Hausbesuch der Gemeindeschwester^{plus} ist ein großer Gewinn für hochbetagte Menschen und wird auch als eine Hilfe gegen Vereinsamung erlebt. Für die Fortführung des Projekts und eine Ausweitung auf weitere Kommunen haben wir im Entwurf für den **Doppelhaushalt 2019/2020** entsprechende Mittel veranschlagt. Auch **bundesweit hat die Idee Schule gemacht** und findet sich als „präventiver Hausbesuch“ im Koalitionsvertrag der Berliner GroKo wieder.

Inklusion - Teilhabe für Menschen mit Behinderungen

Wir haben uns zu Beginn der Legislaturperiode auf ein **ambitioniertes Arbeitsprogramm** für mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verständigt. Für die Weiterentwicklung unseres **Aktionsplans** zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention steckten wir anspruchsvolle Ziele z.B. für mehr Barrierefreiheit, stärkere Interessenvertretung, Förderung von Kindern mit Behinderungen sowie mehr Inklusionsfirmen.

Zudem benannten wir die zukunftsfeste **Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe** als großes Ziel: Das Bundesteilhabegesetz sollte so gestaltet werden, dass es die Eingliederungshilfe aus dem Fürsorgesystem herauslöst; für die BTHG-Umsetzung in Rheinland-Pfalz wurden gleichwertige Lebensverhältnisse als Ziel formuliert. All dies haben wir **zielstrebig angepackt**. Zum Beispiel sind das **persönliche Budget** für ein selbstbestimmtes Wohnen im Quartier und die Förderung von **Inklusionsfirmen** weiter vorangeschritten. Bei der **Frühförderung** gibt es Verbesserungen z.B. durch das Zusammenspiel von Pädagogen und Medizinern. **Barrierefreiheit** wird z.B. im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung unterstützt und durch die neue Landesbauordnung stärker eingefordert. Kontinuierlich stärker wird die Entwicklung der **Interessenvertretung**: Mittlerweile gibt es 69 kommunale Behindertenbeauftragte und 39 Behindertenbeiräte in Rheinland-Pfalz.

Auch beim **Bundesteilhabegesetz** haben wir unsere gemeinsamen Ziele erreicht: Es überführt die Eingliederungshilfe in ein **personenzentriertes Leistungsrecht**. Menschen mit Behinderungen können **mehr über ihr eigenes Leben bestimmen**: darüber, wo sie wohnen, wie viel Geld sie sparen oder welchen Bildungsabschluss sie machen. Wir sind stolz darauf, dass **das bei uns in RLP entwickelte „Budget für Arbeit“ nun bundesweit zum neuen Standard** wird. Unser Gesetzentwurf zur **Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Rheinland-Pfalz** steht unter dem Motto: „Geteilte Verantwortung, konstruktives Miteinander – Land und Kommunen gemeinsam für Teilhabe“. Dadurch behalten Menschen mit Behinderungen ihre Ansprechpartner bei den Kreis- und Stadtverwaltungen. Mit der Zuständigkeit der Kommunen für die Kinder und Jugendlichen wird die Grundlage geschaffen, Hilfen aus einer Hand umzusetzen. Jedes

Kind ist uns gleich viel wert. Die Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen wird durch unser Ausführungsgesetz zum BTHG weiter gestärkt.

„Armut begegnen – gemeinsam handeln“

Die rheinland-pfälzische **Landesregierung geht Armutsbekämpfung aktiv an** und sucht immer wieder nach Möglichkeiten, bestehende Armut zu lindern bzw. die Entstehung von neuer Armut zu vermeiden. Aus diesem Grund hat das Sozialministerium den Beteiligungsprozess **„Armut begegnen – gemeinsam handeln“** ins Leben gerufen. Ziel ist es, die Bedürfnisse der Menschen vor Ort verstärkt in den Blick zu nehmen. Deshalb kommen sowohl die sozialen Akteure als auch die Betroffenen selbst zu Wort:

- Zwölf Modellkommunen erarbeiten gemeinsam mit uns konkrete Schritte für wirksame Hilfen vor Ort. Grundlage sind die Ergebnisse unserer vorangegangenen Praxisgespräche und Beteiligungsforen.
- Zu Beginn des Prozesses war es wichtig, vor Ort über Armut und Armutsprävention zu sprechen und die Lebenswirklichkeit und Erwartungen der Betroffenen und der sozialen Akteure kennenzulernen.
- Ziel des Prozesses ist es, über gute Lösungen vor Ort hinaus auch einen Anstoß zur gemeinsamen Entwicklung von regionalen und überregionalen Lösungen zur Armutsbekämpfung zu geben.

Neue Perspektiven für Langzeitarbeitslose

Rheinland-Pfalz steht in den Arbeitsmarktstatistiken seit vielen Jahren gut da. Dennoch gibt es im Land nach wie vor **Langzeitarbeitslosigkeit**. Damit finden wir uns nicht ab und haben im Koalitionsvertrag vereinbart, insbesondere **Langzeitarbeitslosen neue Perspektiven** zu eröffnen. Dafür setzen wir gezielt die arbeitsmarktpolitischen Mittel des Landes und des europäischen Sozialfonds ein und gehen neue Wege zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Ein Beispiel dafür ist das **Bedarfsgemeinschaftscoaching**, das die Beschäftigungsfähigkeit von langzeitleistungsbeziehenden Menschen steigern und ihre beruflichen Perspektiven verbessern soll. Das Erfolgskonzept für das Bedarfsgemeinschaftscoaching haben wir im Rahmen des **Modellprojekts „Westpfalzinitiative“** gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und den kommunalen Behörden entwickelt. Seit 2018 ist das Angebot fester Bestandteil unserer landesweiten Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration und **steht auch auf Bundesebene Pate zur Verbesserung der Hilfen für Langzeitarbeitslose**. Wir sind stolz darauf, dass unser Land hier Vorbild ist und setzen uns dafür ein, dass dieses Modell der individuellen Förderung konsequent umgesetzt wird.

Krankenhausversorgung auf hohem Niveau

Mit dem **Krankenhausinvestitionsprogramm** stellt das Land finanzielle Mittel bereit, die eine flächendeckende stationäre **Krankenhausversorgung auf hohem Niveau** sicherstellen sollen. Dies gewährleistet auch eine gute Notfallversorgung. Inklusive der Finanzmittel zur Umsetzung des Krankenhausstrukturfonds stehen den Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz im Jahr 2018 rund 143 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist eine deutliche Steigerung gegenüber den Vorjahren.

Der neue **Landeskrankenhausplan wird ab 2019 gelten und einen Planungshorizont bis 2025 haben**. Er wird sich auf 77 Plankrankenhäuser, verteilt auf 97 Standorte, beziehen. Ziel der neuen Landeskrankenhausplanung ist es, die flächendeckende Versorgung sowohl in der

Stadt als auch in ländlichen Gebieten weiterhin sicherzustellen, die Qualität der Versorgung konsequent zu fördern, die Notfallversorgung im Krankenhaus zu gewährleisten und die Altersmedizin vor dem Hintergrund des demografischen Wandels weiterzuentwickeln.

„Zusammenland Rheinland-Pfalz“

Den demografischen Wandel aktiv zu gestalten ist ein vorrangiges Ziel der Landesregierung. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, unsere **Demografiestrategie „Zusammenland Rheinland-Pfalz“** im Dialog mit allen gesellschaftlichen Akteuren weiterzuentwickeln und unsere Demografiewoche in einem zweijährigen Turnus fortzusetzen. Wir haben die **ressortübergreifende Zusammenarbeit** innerhalb der Verwaltung gestärkt z.B. bei den Themen „Wohnen“ und „ländliche Räume“.

Beispiele für umgesetzte Maßnahmen und deren Weiterentwicklung:

- Förderung von bezahlbarem **Wohnen**, baulicher Barrierefreiheit und neuen Wohn- und Versorgungsformen (durch u.a. Novellierung Landesbauordnung, Landesberatungsstellen „Barrierefrei Bauen und Wohnen“ und „Neues Wohnen“, Projekt WohnPunkt RLP, Anschubförderung für innovative Wohn- und Quartiersprojekte, Moderationsförderung für Neugründungen von Bewohnergenossenschaften).
- Ausbau zukunftsfähiger **Bildungsangebote** (z.B. Ganztags schul-Angebot, Schulversuch Berufsschule 2020, Hochschulpakt 2020, Öffnung Hochschulen für beruflich Qualifizierte).
- Erfolgreiche Maßnahmen im Bereich **ländliche Räume** (Zukunftsinitiative „Starke Kommunen - Starkes Land“, ZukunftsCheck Dorf, Nationalpark Hunsrück-Hochwald, Weichenstellung für eine zukunftsfähige Wasserwirtschaft)
- Maßnahmen im Bereich **Alter** (Beteiligungsprozess „Gut leben im Alter – den demografischen Wandel gemeinsam gestalten“, Projekt Gemeindegewest^{plus}, Landesinitiative „Neue Nachbarschaften“ sowie die Weiterentwicklung der Pflegestrategie z.B. mit der neuen Landesverordnung über die Anerkennung und Förderung von Angeboten zur Unterstützung im Alltag).

Ministerium für Bildung

„Gute Lehrkräfte für gute Bildung“ – Unterrichtsversorgung

Rheinland-Pfalz ist in diesem wie schon im vergangenen Schuljahr etwas gelungen, das kaum noch einem Bundesland gelingt: Wir konnten an unseren Grundschulen alle Planstellen mit ausgebildeten Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern besetzen, während andere Länder hunderte Seiten- und Quereinsteiger ohne Ausbildung für das Grundschullehramt einstellen mussten. Auch an unseren Realschulen plus, Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien haben wir alle Planstellen mit Lehrkräften besetzt, die für die jeweilige Schulart ausgebildet sind.

Die Ausbildung und Einstellung von genügend Lehrerinnen und Lehrern und die Sicherung einer guten Unterrichtsversorgung sind absolute Schwerpunkte unserer Bildungspolitik. **Dafür investieren wir jedes Jahr mehr als zwei Milliarden Euro und planen langfristig und vorausschauend**, sodass uns in den kommenden Jahren im Gegensatz zu anderen Ländern auch keine große „Pensionierungswelle“ bevorsteht. Zudem bildet Rheinland-Pfalz genügend Lehrkräftenachwuchs aus, um unseren Bedarf zu decken. Und dort, wo ein bundesweiter Man-

gel an Lehrkräften besteht, bei den Grund- und Förderschullehrkräften, haben wir zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten auf Planstellen geschaffen und den Wechsel zwischen den Lehrämtern flexibilisiert. Wir geben Vorabzusagen und ermöglichen Einstellungen das ganze Jahr über, sodass es für die in Rheinland-Pfalz ausgebildeten Lehrkräfte attraktiv ist, hier zu bleiben und nicht in andere Bundesländer abzuwandern.

In den kommenden beiden Jahren schaffen wir 390 zusätzliche Stellen – für Lehrerinnen und Lehrer, für Feuerwehrlehrkräfte an den Grundschulen und für Sprachförderkräfte. Darüber hinaus bauen wir den Vertretungspool von 1.100 festen Beamtenstellen auf mindestens 1.300 Stellen weiter aus. **Damit schafft die Landesregierung fast 600 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten auf Planstellen in den kommenden zwei Jahren für eine gute Unterrichtsversorgung.**

Rheinland-Pfalz ist dabei ein attraktiver Arbeitgeber für Lehrkräfte:

- In Rheinland-Pfalz werden ab dem kommenden Sommer alle Vertretungslehrkräfte auch in den Ferien durchbezahlt, wenn ihr Vertrag vor dem 1. März geschlossen wurde und sie bis zum Ende des Schuljahres unterrichten. Außerdem reduzieren wir die Zahl der Vertretungsverträge zugunsten von Einstellungsmöglichkeiten auf Planstellen.
- Wir haben an den Realschulen plus 1.200 Stellen für Beförderungen von Lehrerinnen und Lehrern mit dem Lehramt an Hauptschulen zur Verfügung gestellt und konnten so alle Lehrkräfte befördern, die bis zum 31. Januar dieses Jahres die Wechselprüfung II bestanden hatten. Und wir wollen, dass das auch in den kommenden Jahren so bleibt.

Mit all diesen Maßnahmen und unserer kontinuierlichen Einstellungspolitik haben wir, entgegen dem Bundestrend, eine hervorragende Grundlage auch für die Unterrichtsversorgung in den kommenden Jahren geschaffen. 100 Prozent Unterrichtsversorgung bleibt unser Ziel.

Digitalisierung in der Bildung - Chancen der Digitalisierung nutzen

Wir in Rheinland-Pfalz haben sehr früh verstanden, dass die Medienkompetenz zur Allgemeinbildung wird und Kompetenzen rund um die digitale Welt deshalb auch in den Schulen vermittelt werden müssen. **Vor elf Jahren – früher als andere Bundesländer –** haben wir uns mit dem **Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“** auf den Weg in die digitale Zukunft gemacht. Rund 90.000 mal haben Lehrkräfte seither an Fortbildungen teilgenommen, mehr als 22 Millionen Euro haben wir in zehntausende Notebooks, Tablets und Whiteboards für unsere Schulen investiert. Bei der Lehrkräfte-Fortbildung, der Mediennutzung im Unterricht und der Ausstattung der Schulen stehen wir heute schon sehr gut da. **In unabhängigen Studien belegen wir Spitzenplätze.**

Und weil die Nutzerinnen und Nutzer von Internet, Tablet und Smartphone immer jünger werden, haben wir bereits im Schuljahr 2014/2015 den **MedienkomP@ss für die Primar- und Orientierungsstufe** eingeführt. Seither ist dieser an 620 Schulen im Einsatz. Im jetzigen Schuljahr erhielten alle Erstklässlerinnen und Erstklässler einen MedienkomP@ss.

Das Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ haben wir seit 2016/2017 auf die Grundschulen ausgeweitet. Inzwischen nehmen bereits 262 Grundschulen am Programm teil und erhalten vom Land Beratung, Fortbildungen und eine technische Grundausstattung für digitales Lernen und Lehren. Jedes Jahr kommen 125 weitere Grundschulen hinzu.

Inzwischen wurden über 3.000 Lehrkräfte als **Jugendmedienschutzberaterinnen und -berater** an allen Schularten und 2.800 Schülerinnen und Schüler als **Medienschouts** fortgebildet. Knapp 66.000 Erziehungsberechtigte wurden über die Chancen und Risiken digitaler Medien in über 1.400 Veranstaltungen informiert. Die Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit haben wir weitergeführt, inzwischen nahmen über 100.000 Schülerinnen und Schüler an **Workshops zu Datensicherheit und Datenschutz** teil.

Den **Haushaltsansatz für die digitale Bildung** haben wir im Doppelhaushalt 2019/2020 auf dann 17 Millionen Euro pro Jahr **mehr als verdreifacht**. Dazu warten wir weiter auf die Mittel des Digitalpakts der Bundesregierung.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit guten Bildungschancen verbinden

Rheinland-Pfalz steht bereits jetzt bundesweit in den Vergleichsstudien im Kita-Bereich weit vorne: bei der Qualität von Bildung und Betreuung, dem Ausbaustand und beim Personalschlüssel. Im Juni 2018 haben wir das **Kita-Zukunftsgesetz** vorgelegt. Das Ziel: Für die Kinder überall im Land langfristig beste Qualität und Versorgung zu sichern. Alleine für Personal will die Landesregierung 62 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr dauerhaft investieren. Konkrete Verbesserungen für die Beschäftigten in den Kitas soll es außerdem über mehr Unterstützung und zeitliche Entlastung für Leitungsaufgaben und die Anleitung von Auszubildenden geben. Das Gesetzgebungsverfahren wollen wir in der ersten Hälfte 2019 abschließen und die Umsetzung gemeinsam mit den Partnern in der Fläche angehen.

Eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf, verbunden mit guten Bildungschancen für alle – dazu trägt auch die **Ganztagschule** bei. Inzwischen können Eltern in ganz Rheinland-Pfalz am Wohnort oder in zumutbarer Entfernung einen Ganztagsschulplatz für ihr Kind erhalten. Im Schuljahr 2017/2018 hatten rund 80 Prozent der allgemeinbildenden Schulen ein ganztägiges Angebot in unterschiedlichen Formen. Seit dem Schuljahresstart 2016/2017 wurde an 19 neuen Standorten die Ganztagschule in Angebotsform eingerichtet, damit haben wir aktuell 628 Schulen mit Ganztagsangebot im Land.

Wir haben die Förderung der **Ferienbetreuung** deutlich ausgebaut und von 300.000 Euro in 2016 **mehr als verdreifacht auf jetzt eine Million Euro**. Damit entlasten wir unsere rheinland-pfälzischen Familien vor allem in den langen Sommerferien. Das neue Landesprogramm zur Förderung der Ferienbetreuung ist ein voller Erfolg: Die zuständigen Jugendämter sind verlässliche Partner bei der Umsetzung. 2017 konnten 499 Angebote mit mehr als 27.000 Kindern und Jugendlichen gefördert werden. Wir rechnen 2018 mit einer weiteren Steigerung.

Wir legen die Grundlagen für die Profis von morgen

Die **Realschulen plus** mit ihrer besonders engen Verzahnung von theoretischem und praktischem Lernen haben viel zu bieten. Dies konnten sie in den landesweiten Wochen der Realschule plus unter dem Motto „Schule der Chancen“ zeigen. Die an manchen Realschulen plus angeschlossenen Fachoberschulen schärfen dieses Profil. Neue Fachrichtungen eröffnen den Schülerinnen und Schülern noch mehr Möglichkeiten wie zum aktuellen Schuljahr die *Gestaltung* und *Bio- und Umwelttechnologie*.

Pädagogische Impulse für die erfolgreiche Arbeit an den Realschulen plus im Land gehen von den **neuen Didaktischen Koordinatorinnen und Koordinatoren** aus. Von den 48 eingerichteten Stellen an großen Realschulen plus mit über 540 Schülerinnen und Schülern sind die meis-

ten besetzt. In einem nächsten Schritt sollen alle Realschulen plus – unabhängig von ihrer Größe – eine solche Funktionsstelle erhalten.

An allen rheinland-pfälzischen Schulen spielt die Berufs- und Studienorientierung eine zentrale Rolle. Mit dem verpflichtenden Tag der **Berufs- und Studienorientierung** und der eigens entwickelten App „Zukunft läuft“ nimmt Rheinland-Pfalz **deutschlandweit eine Vorreiterposition** ein. Weitere Angebote wie der neue Online-Kalender für Berufs- und Studienorientierung (seit Mai 2018), die Kompetenzanalyse Profil AC (Einführung schrittweise seit Mai 2016) und das Analyseinstrument 2P für neu Zugewanderte (seit 2018 flächendeckend angeboten) ergänzen das Angebot. Dabei setzen wir ein klares Signal für die **Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung**.

Um junge Menschen für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik zu begeistern, haben wir eine **MINT-Strategie entlang der gesamten Bildungskette** in Rheinland-Pfalz entwickelt, die bei unseren Partnerinnen und Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden große Anerkennung erfährt und bundesweit sehr interessiert verfolgt wird. Die im April 2018 neu eingerichtete **MINT-Geschäftsstelle** dient nicht nur als zentrale Informations- und Anlaufstelle für alle Beteiligten, sondern organisiert auch einen **MINT-Regionen-Wettbewerb**, der alle Akteure einer Region zusammenbringt und den das Ministerium für Bildung gemeinsam mit dem Wissenschafts- und dem Wirtschaftsministerium ausrichtet. Nach dem ersten Durchgang 2018 sind drei weitere Bewerbungsrunden geplant von 2019 bis 2021.

Wir entwickeln das Bildungssystem weiter

In Rheinland-Pfalz soll jedes Kind nicht nur die gleichen, sondern die gleich guten Chancen und individuelle Förderung bekommen.

Die **Lese- und Sprachförderung** sind zentrale Elemente rheinland-pfälzischer Bildungspolitik. Es wurde bereits eine breite Palette von Maßnahmen umgesetzt:

- Das Curriculum „Mit Kindern im Gespräch“ bereits in der Kindertagesstätte, das in der Grundschule fortgesetzt wird.
- Zum Schuljahresstart 2018/2019 das Programm „BISS Lesen – Lesen macht stark“ an 73 Grundschulen im Land, das weiter ausgebaut wird.
- Das Zuhör-Programm „Ohrenspitzer plus“ startet. Und 2019 wird ein verbindlicher Grundwortschatz für alle Grundschulen eingeführt. Neue Aufgabenpools für Deutsch und Mathematik und das Programm „Mathe macht stark“ ergänzen die Maßnahmen.

Individuelle Förderung und eine Politik der Chancen verstetigen wir in unterschiedlichen Ansätzen wie dem **Berufsvorbereitungsjahr** für spezielle Zielgruppen. Im **Modellprojekt Ü-18** besuchen seit dem Schuljahr 2016/2017 Geflüchtete im Alter zwischen 18- bis 25 Jahren in Zusammenarbeit mit IHK, HWK und Bundesagentur für Arbeit die Berufsschule. Das **Projekt „Keiner ohne Abschluss“** läuft weiter erfolgreich. Zum Schuljahr 2019/2020 wollen wir dieses um drei weitere auf dann 13 Standorte ausbauen, um somit noch mehr Chancen zu eröffnen.

Das Angebot an **Schwerpunktschulen**, an denen Schülerinnen und Schüler mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf gemeinsam inklusiv unterrichtet werden, bauen wir kontinuierlich bedarfsgerecht aus. Im aktuellen Schuljahr haben wir 296 Schwerpunktschulen im Land. Der inklusive Unterricht wird durch die Arbeit der Förder- und Beratungszentren (FBZ) unterstützt. Im aktuellen Schuljahr gibt es 20 regionale und 3 überregionale Förder- und Beratungszentren. 2019 sollen weitere sieben FBZ hinzukommen.

Der Ausbau der **Schulsozialarbeit an rheinland-pfälzischen Schulen** geht weiter voran. Die Mittel im Haushalt sind im Landesprogramm für allgemeinbildende Schulen, die den Abschluss der Berufsreife anbieten, und im Bereich der berufsbildenden Schulen deutlich gestiegen, ebenso die Mittel für die Schulpsychologie.

Wir setzen weiter auf eine **umfangreiche Sprachförderung für Kinder und Jugendliche, die neu nach Rheinland-Pfalz kommen**. Das ist ein Schlüssel für gelingende Integration. Für Kitas und Schulen haben wir die Mittel bereits im letzten Haushalt deutlich erhöht und im Haushalt 2019/2020 eine weitere Erhöhung auf rund 40 Millionen Euro 2019 bzw. rund 41,5 Millionen Euro 2020 eingeplant.

Die in diesem Schuljahr beginnende **Qualitätsoffensive für Deutsch als Zweitsprache** umfasst die inhaltliche Weiterentwicklung des bewährten Sprachförderkonzepts. Damit die **Kinder und Jugendlichen** im schulpflichtigen Alter, die **in Erstaufnahmeeinrichtungen** leben, frühzeitig am Unterricht teilhaben können, werden Lehrkräfte in die Erstaufnahmeeinrichtungen abgeordnet. Seit Beginn des Schuljahres 2016/17 sind alle Erstaufnahmeeinrichtungen mit Lehrkräften versorgt, im Schuljahr 2017/2018 ist die Versorgung sukzessive intensiviert worden.

Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Zukunftsfähige Hochschulen und starke Forschung

Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz sind leistungsstark, offen und in ihren Regionen verankert. Diese Stärken des rheinland-pfälzischen Hochschulsystems will die Landesregierung weiter auszubauen.

Rheinland-Pfalz hat schon Mitte der 1990er Jahre begonnen, den **Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte** unter bestimmten Voraussetzungen zu öffnen. Rheinland-Pfalz hat so die Quote der Studienanfängerinnen und Studienanfänger ohne Abitur in den letzten Jahren deutlich gesteigert. Wir gehen diesen Weg weiter, z. B. mit dem Modellprojekt „Lehre plus Hochschule“ der Hochschule Kaiserslautern mit der Handwerkskammer der Pfalz: Hier können Auszubildende schon während ihrer Ausbildung Punkte an der Hochschule erwerben, die sie später für ein Studium oder eine berufliche Fortbildung anrechnen lassen können. Zudem wollen wir das **Angebot zum dualen Studium ausweiten**: Duale Masterstudiengänge werden ausgeweitet und die Zahl der Studiengänge von jetzt bereits 75 auf 100 erhöht.

Wichtiges Ziel der Landesregierung ist zudem die **Internationalisierung der Hochschulen**. Mehr internationale Studierende sollen für ihr Studium nach Rheinland-Pfalz kommen. Dazu wollen wir ein **landesweites Studierenden- und Wissenschaftsmarketing** etablieren, mit dem im Ausland gezielt für ein Studium oder eine Tätigkeit an einer Hochschule in Rheinland-Pfalz geworben wird.

Gemeinsam mit den Hochschulen hat das Land 2017 einen Dialog begonnen, um Perspektiven für die Hochschulen im Wettbewerb um Studierende, kluge Köpfe und Zukunftsthemen in einem **Hochschulzukunftsprogramm** zu entwickeln. Anfang 2019 wollen wir eine Rahmenvereinbarung mit allen Hochschulen schließen, im Anschluss daran stehen individuelle Zielvereinbarungen mit den Hochschulen des Landes auf unserer Agenda.

Bereits im April 2018 hatte eine von der Landesregierung beauftragte Expertenkommission ihre Empfehlungen dazu vorgelegt. Erste Schwerpunkte dieses Expertenberichts wurden in Abstimmung mit den Hochschulen bereits angepackt:

- Fortführung der **Forschungsinitiative** mit einem Volumen von 20 Mio. Euro pro Jahr ab 2019
- Einrichtung von **Forschungskollegs** zur Etablierung von kooperativen Promotionen zwischen Fachhochschulen und Universitäten
- Intensivierung der strategischen Hochschulplanung gemeinsam mit den Hochschulen: Gründung eines **Hochschulforums** im Frühjahr 2019

Die Stärkung der Hochschulautonomie und der demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten innerhalb der Hochschulen sind aktuelle Themen der Hochschulentwicklung. Dazu wird die Landesregierung mit einem **Hochschulzukunftsgesetz** das Hochschulgesetz anpassen. Geplant ist das Inkrafttreten des Hochschulzukunftsgesetzes im Jahr 2020.

Der **Erfolg rheinland-pfälzischer Forschungspolitik** zeigt sich vor allem an der deutlich gestiegenen Einwerbung von Drittmitteln an Hochschulen. Dieses Mittel haben sich von 2006 bis 2016 nahezu verdoppelt. Auch die steigende Zahl an Sonderforschungsbereichen der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Rheinland-Pfalz ist Ausdruck der herausragenden wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit unserer Universitäten: Heute werden 16 Sonderforschungsbereiche im Land gefördert, mehr als doppelt so viele wie noch vor drei Jahren.

Mit dem **Exzellenzcluster** „Präzisionsphysik, Fundamentale Wechselwirkungen und Struktur der Materie (PRISMA)“ an der Johannes Gutenberg-Universität haben sich in den vergangenen Jahren feste Strukturen in Mainz etabliert. PRISMAplus wird auch in der neuen Exzellenzstrategie von Bund und Ländern gefördert. Das unterstreicht die national und international anerkannte exzellente Qualität der Spitzenforschung an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz im Bereich der Grundlagenphysik.

Wichtiges forschungspolitisches Ziel aus dem Koalitionsvertrag ist die Fortsetzung der Überführung von Forschungseinrichtungen des Landes in die gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern. Der jüngste Erfolg ist hier die Gründung des neuen Helmholtz-Instituts für Translationale Onkologie (**HI-TRON**) in Mainz im Sommer dieses Jahres. Mit Jahresbeginn 2018 firmiert das ehemalige Institut für Mikrotechnik Mainz nun als **Fraunhofer Institut für Mikrotechnik und Mikrosysteme**. Um diesen Weg weiter zu beschreiten, haben wir im Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2019/2020 Budgetaufwüchse für die Landesinstitute vorgesehen.

Das **Institut für Molekulare Biologie (IMB)** an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, bekannt für exzellente Forschung im Bereich der Lebenswissenschaften, wird durch die Boehringer Ingelheim Stiftung auch in den Jahren 2020-2027 mit insgesamt 106 Millionen Euro unterstützt. Das IMB ist ein wissenschaftliches Aushängeschild von Rheinland-Pfalz und wird dank des gemeinsamen Engagements vom Land, der JGU und Boehringer auch weiterhin beeindruckende Forschungsleistungen erbringen können. Flankierend dazu wird die JGU mit Unterstützung der Landesregierung in räumlicher Nähe zum IMB zwei moderne Forschungsgebäude für die Biologie errichten, die adäquate Arbeitsmöglichkeiten für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bieten.

Stärkung der politischen Bildung

Die **Stärkung der politischen Bildung** ist ein erklärtes Ziel der Landesregierung. Wir unterstützen die Landeszentrale für politische Bildung und steigern deren Mittel mit dem Doppelhaushalt 2019/2020 jährlich um rund 20 Prozent.

Gerade in Zeiten, in denen Fremdenfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit zunehmen ist eine **aktive Gedenkarbeit** wichtig für unsere demokratische Gesellschaft. Mit den deutlichen Aufwüchsen im Haushalt tragen wir dazu bei, die vorhandenen Strukturen der Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz an aktuelle Aufgaben und Herausforderungen anzupassen. Zudem intensivieren wir die Aufklärungsarbeit in den beiden landeseigenen KZ-Gedenkstätten in Osthofen und Hinzert sowie den zahlreichen weiteren Gedenkort. Ziele sind die Erarbeitung von gemeinsamen Gedenkstättenarbeitskonzepten. Zudem werden wir auch die Forschungsarbeiten zu NS-Standorten und die grenzüberschreitende Gedenkarbeit intensivieren.

Auch den Bereich der **Erwachsenenbildung** haben wir um **politische Bildung** erweitert. 2017 wurde erstmals eine Förderung von innovativen Formaten der politischen Erwachsenenbildung ausgeschrieben. Neue Ansätze in der Vermittlung gesellschaftspolitischer Bildungsinhalte werden entwickelt und umgesetzt. 2018 konnten bereits 10 Projekte gefördert werden. Das Förderinstrument soll auch in den kommenden Jahren fortgeschrieben werden.

Vielfältige Kultur im ganzen Land

Das Kulturland Rheinland-Pfalz zeichnet sich durch Hoch- und Breitenkultur in Stadt und Land aus. Ziel der Landesregierung ist es, offene Türen in unserer Gesellschaft zu schaffen und Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Wir fördern Einrichtungen wie die Jugendkunstschulen oder die Landesprogramme „Jedem Kind seine Kunst“ und „Generation K“, die sich bereits fest etabliert haben. Darüber hinaus gehen wir auch neue Wege und unterstützen das Projekt „KulturLeben“ der Bürgerstiftung Rheinhessen. Es vermittelt kostenlose Karten für Kultureinrichtungen in der Region an bedürftige Personen. So schaffen wir Teilhabe an Kultur unabhängig vom Einkommen. Das Projekt kann Vorbild sein für weitere Regionen des Landes.

Kulturpolitischer Schwerpunkt der Landesregierung ist zudem der **Erhalt und die Förderung von Kultur in allen Regionen des Landes**, insbesondere auch außerhalb der Städte in den ländlichen Regionen.

Ein Ziel ist die Stärkung der freien Szene: Die Landesregierung hat bereits durch den **Erllass einer neuen Kulturförderrichtlinie**, die 2018 in Kraft getreten ist, für Kulturschaffende und Kultureinrichtungen die Beantragung und Verausgabung von Fördermitteln des Landes vereinfacht.

Zudem ist im Doppelhaushalt 2019/2020 eine **Erhöhung der Mittel für die freie Kulturarbeit um rund 15 Prozent** vorgesehen. Daraus sollen Projekte und Einrichtungen gefördert werden, insbesondere aber werden Beratungs- und Servicestrukturen für die freie Szene ausgebaut und verbessert.

Rheinland-Pfalz ist reich an Kulturgeschichte und wir wollen es daher als großen **Ausstellungsstandort** mit Landesbezug weiter profilieren. Die erfolgreiche Landesausstellung zum 200. Geburtstag von Karl Marx in Trier ist jüngst zu Ende gegangen. Und wir wollen diesen Weg der großen Landesausstellungen weitergehen – 2020 mit der Ausstellung „Die Kaiser am

Rhein“ hier im Landesmuseum Mainz und 2022 in Trier mit dem „Untergang des Römischen Reiches“.

Rheinland-Pfalz ist reich an kulturellem Erbe. Mit dem Dom zu Speyer, dem Römischen Erbe in Trier, der Kulturlandschaft Oberes Mittelrheintal und dem Obergermanisch-Raetischen Limes verfügt das Land über vier UNESCO-Welterbestätten. Derzeit arbeitet Rheinland-Pfalz an einem Antrag zur Anerkennung der SchUM-Städte Speyer, Worms und Mainz als **UNESCO-Weltkulturerbe**, der 2020 bei der UNESCO eingereicht werden wird.

Ministerium der Justiz

Chancen durch die E-Akte

Die Landesregierung will die Justiz in Rheinland-Pfalz durch umfassende Digitalisierung weiterentwickeln. Nachdem der **elektronische Rechtsverkehr** zu allen Gerichten in Rheinland-Pfalz bereits vollständig eröffnet worden war, hat nun die Umsetzung eines weiteren Meilensteins begonnen: Die **Einführung der elektronischen Prozess- und Verfahrensakte in der Justiz (E-Akte)**. Vor den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Rheinland-Pfalz liegt in den kommenden Jahren ein herausfordernder Umbruch, der bis zum 1. Januar 2026 vollzogen sein muss. Die E-Akte bietet für die Justiz die große Chance, effizient, zeitgemäß und bürgerfreundlich zu arbeiten. Bereits seit 1. Juni 2018 sammeln wir durch die Pilotierung der elektronischen Akte beim Landgericht Kaiserslautern erste Erfahrungen. Insgesamt sind 83 Justizbehörden mit über 5.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auszustatten und mit dem neuen Arbeitsmedium vertraut zu machen. Die Ertüchtigung der Gerichtssäle ist eine Herausforderung. Bei vielen der mehr als 250 Gerichtssäle des Landes sind auch Baumaßnahmen unumgänglich, um moderne Medientechnik und die erforderliche Netzinfrastruktur zu implementieren.

Neue Stellen für die Justiz

Effektives Arbeiten der Justiz und damit die Gewährleistung unseres Rechtsstaats funktionieren nur bei einer angemessenen personellen Ausstattung. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Situation legen wir hierauf ein besonderes Augenmerk. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung ist ein **deutlicher Ausbau unserer Justiz** vorgesehen. **Über alle Laufbahnen verteilt ist eine personelle Verstärkung von insgesamt 265 Stellen geplant.** Die Gerichte und Staatsanwaltschaften werden 203,5 zusätzliche Stellen erhalten. Für den Justizvollzug sind 61,5 zusätzliche Stellen vorgesehen. Die ursprünglich vorgesehene Streichung von Stellen im Justizvollzug ist für diese Legislaturperiode vom Tisch. Die Optimierung der personellen Ausstattung werden wir auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode fortsetzen. Einen Schwerpunkt wollen wir nach Verabschiedung des neuen Doppelhaushalts insbesondere bei der **Ausbildung zusätzlicher Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger** setzen.

Reformen im Vollzug

Mit den im August 2018 im Landtag verabschiedeten Änderungen des Landesjustizvollzugsgesetzes, des Landessicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes und des Landesjugendarrestvollzugsgesetzes werden auch der **Ausbau und die Stärkung des offenen Vollzugs** sowie

die **Weiterentwicklung des Übergangsmagements** umgesetzt. Das haben wir im Koalitionsvertrag versprochen. Die Gesetzesänderungen verhelfen den Vollzugsbediensteten zu mehr Handlungssicherheit bei Entscheidungen über die Verlegung in den offenen Vollzug und der Gewährung von Lockerungen. Auch wird eine Regelung zur Fixierung von Gefangenen im Justizvollzug gesetzlich verankert. Damit ist **Rheinland-Pfalz das erste Bundesland, das hier bereits über eine konkrete gesetzliche Regelung verfügt**.

Weiter wurden die umfassenden Planungs- und Dokumentationspflichten reduziert. Dies betrifft z.B. Gefangene, die lediglich eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen, weil sie eine Geldstrafe nicht bezahlt haben. Die Gesetzesänderung ermöglicht zudem die **Einführung von generellen Sicherheitsüberprüfungen** bei Personen, die Gefangene, Untergebrachte oder Arrestierte religiös betreuen. Zunehmenden Radikalisierungstendenzen und der daraus resultierenden Bedrohungslage können wir damit frühzeitig entgegenwirken. Schließlich wurde durch das Gesetz ein sogenanntes „Eingliederungsgeld“ eingeführt.

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

Wir gestalten Integration

Mit unserem **Integrationskonzept "Gemeinsam für Chancengleichheit, Weltoffenheit und Akzeptanz"** haben wir die Weichen für die Integrationspolitik der kommenden Jahre gestellt. Es geht darum, Menschen mit Migrationshintergrund die gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen, wie etwa Bildung, Arbeit und Ausbildung oder im Gesundheitsbereich.

Zahlreiche Maßnahmen des Integrationskonzeptes sind in Umsetzung, zum Beispiel:

Die Hilfe für traumatisierte Flüchtlinge wurde ausgebaut: In Kaiserslautern hat die Landesregierung im Jahr 2017 ein **sechstes Psychosoziales Zentrum** geschaffen.

Da noch immer viele Menschen nicht zu den Sprachkursen des BAMF zugelassen werden, hat die das Integrationsministerium die **Sprachkurse des Landes massiv ausgeweitet**. Im Herbst 2018 werden erstmals auch Kurse mit 200 Stunden angeboten. Ziel ist es, ein aufeinander aufbauendes Angebot zu schaffen, mit dem die Menschen ein Sprachniveau bis mindestens B1 erreichen können.

Zudem wurde und wird der **Sprachmittlerpool ausgeweitet**: Seit Frühjahr 2018 wird analog zum Mainz-Germersheimer Sprachmittlerpool im Rahmen eines INTERREG-Projekts ein Sprachmittlerpool im Raum Bitburg aufgebaut. Die Landesregierung unterstützt dieses Projekt mit dreijähriger Laufzeit im Jahr 2018 mit knapp 72.000 Euro (2019: rund 77.000 €, 2020: rund 51.000 €).

Wir unterstützen die Jugend

Wir haben die Mittel für die Jugendarbeit in der laufenden Legislaturperiode um 2 Millionen Euro erhöht. Die vom Jugendministerium entwickelte und von allen Ministerien getragene **Jugendstrategie „JES! Jung. Eigenständig. Stark“** beschreibt Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe

auf der Grundlage von drei Leitziele: Befähigung und Unterstützung zur Teilhabe in der Gesellschaft, Gewährleistung autonomer Gestaltungsspielräume, Mitbestimmung in gesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen. Die Strategie fördert unter anderem Jugendsozialarbeit, interkulturelle Arbeit, Partizipation, Medienkompetenz, Prävention gegen Rechtsextremismus und internationale Jugendprojekte.

Die Landesregierung hat die finanzielle **Förderung des Landesjugendrings** gestärkt und damit die von den Jugendverbänden geleistete Bildungsarbeit besser durch hauptamtliche Kräfte unterstützt. Die **Förderung der Jugendarbeit im ländlichen Raum** wurde ausgebaut. Ausgeweitet wurde die Förderung der Jugendsozialarbeit, bei der die Angebote für eine bessere Teilhabe benachteiligter Jugendlicher im Mittelpunkt stehen. So kann z.B. auch an Orten Jugendsozialarbeit angeboten werden, an denen es diese bisher noch nicht gab. Die finanzielle Unterstützung stärkt auch Regelstrukturen öffentlicher und verbandlicher Jugendarbeit, fördert eigenständige Jugendpolitik und ist damit ein wichtiger Beitrag zur Demokratieerziehung.

Ehe für Alle ist endlich Realität

Im September 2017 wurde im Bundestag das Gesetz für die Ehe für Alle beschlossen. Gleichgeschlechtliche Paare können sich seitdem endlich auf dem Standesamt das Ja-Wort geben. Damit geht die jahrelange Benachteiligung dieser Paare zu Ende, die zum Beispiel bis zuletzt nicht die vollen Rechte beim Thema Adoption hatten. Von dem rheinland-pfälzischen Familienministerium sind entscheidende Impulse ausgegangen, die letztlich zur Öffnung der Ehe für alle geführt haben. Sie hatte den nun beschlossenen Gesetzentwurf über den Bundesrat eingebracht.

Wir stärken Frauenhäuser

Etwa die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner der Frauenhäuser sind mittlerweile Kinder. Hierdurch hat sich das Aufgabenspektrum der Einrichtungen wesentlich um den Kinderschutz erweitert. Das Land unterstützt die Frauenhäuser dabei, auch Kindern spezielle Angebote zur Bewältigung von Traumatisierung und Gewalterfahrung zu machen. Die Mittel für die 17 Frauenhäuser im Land wurden um insgesamt 240.000 Euro erhöht. Damit erhalten die Frauenhäuser in diesem und im kommenden Jahr jeweils rund 100.000 Euro an Personalkostenzuschüssen (vorher rd. 86.000 Euro).

Wir haben die Ombudsstelle in der Kinder- und Jugendhilfe eingerichtet

Mit der neuen Ombudsstelle wurde eine **unabhängige Anlaufstelle** für Kinder, Jugendliche und Familien eingerichtet. Sie leistet Unterstützung, Vermittlung und ist erreichbar als Beschwerdestelle besonders im Bereich Hilfen zur Erziehung. Der Bürgerbeauftragte nimmt die Ombudschaft wahr in einem dreijährigen Modellvorhaben, das bei positivem Verlauf durch eine entsprechende Ergänzung des Gesetzes über den Bürgerbeauftragten verstetigt werden kann.

Wir bauen die Prävention gegen islamistische Radikalisierung aus

Durch die erhebliche Erhöhung der Mittel in diesem Bereich konnten Maßnahmen und Einrichtungen zur Prävention von islamistischer Radikalisierung junger Menschen ausgeweitet werden. So wurde das Referat „Politischer und Religiöser Extremismus, Koordination „Prävention gegen Gewalt“ mit zwei Stellen im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz neu geschaffen.

Die Arbeit der 2016 eingerichteten Beratungsstelle Salam wurde ausgebaut, so dass dort inzwischen fünf Stellen für Beraterinnen und Berater eingerichtet sind. Im Rahmen des Projekts Leitplanke werden Fachkräfte der Jugendarbeit und Schulen geschult, damit sie eine beginnende Radikalisierung junger Menschen sicher erkennen und entsprechend reagieren können.

Wir stärken den Verbraucherschutz

Durch eine höhere Landesförderung unterstützen wir die Verbraucherzentrale, um insbesondere **im digitalen Bereich** ihre Aktivitäten und Angebote auszuweiten. Hierzu zählen Angebote für Medienkompetenz, die sich insbesondere an Schulklassen sowie an Eltern und Großeltern richten. Mit dem **Verbraucherdialog** zu sogenannten Wearables – wie zum Beispiel Fitness-

tracker – wurde ein dynamisches Themenfeld erschlossen, das hinsichtlich des Verbraucherschutzes eine große Bedeutung hat.

Darüber hinaus wird das Projekt „**Verbraucherberatung mit technikbasierter Sprachmittlung für Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund**“ bei den Verbraucherzentralen (Laufzeit bis 31.12.2019) mit einer Summe von insgesamt rund 150.000 Euro gefördert. Migrantinnen und Migranten, die der deutschen Sprache noch nicht mächtig sind, können durch die Sprachmittlung das bestehende Informations- und Beratungsangebot der Verbraucherzentralen besser nutzen.

Staatskanzlei

Strategie für das digitale Leben in Rheinland-Pfalz

Digitalisierung ist in Rheinland-Pfalz Chefsache, zugleich auch eine Querschnittsaufgabe, die ressortübergreifend gelöst wird. Im **Digitalen Kabinett** unter Leitung der Ministerpräsidentin werden seit 2016 alle relevanten Themen diskutiert und Entscheidungen getroffen.

Im April 2018 hat die Landesregierung die „**Strategie für das digitale Leben in Rheinland-Pfalz**“ vorgelegt. Nach dem Leitgedanken „Rheinland-Pfalz digital – wir vernetzen Land und Leute“ wirken wir interdisziplinär zusammen, um so gemeinsam unsere Ziele zu erreichen. Viele Projekte sind langfristig angelegt, andere sind neu. Wir wollen aus technischer Innovation sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt entstehen lassen.

Im „**Digital-Dialog**“ haben wir partizipativ mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen die Strategie entwickelt. Dieser Austausch wird seit August dieses Jahres im **Digital-Forum** weitergeführt und jeder ist herzlich dazu eingeladen, sich zu beteiligen.

Die Landesregierung stärkt das Ehrenamt vor Ort

Die **landesweite Ehrenamtskarte** ist bereits seit 2014 ein Erfolgsmodell zur Anerkennung ehrenamtlich Engagierter, das nur in enger Zusammenarbeit mit den rheinland-pfälzischen Kommunen möglich ist. Bis jetzt wurden bereits über 5000 Ehrenamtskarten in den 124 kooperierenden Kommunen ausgestellt. Als Neuerung hat die Landesregierung auf dem diesjährigen Ehrenamtstag in Pirmasens die **landesweite Jubiläums-Ehrenamtskarte** eingeführt.

Durch eine **deutliche Aufstockung der Haushaltsmittel** im Doppelhaushalt 2019/2020 von bisher rund 300.000 auf jährlich rund 700.000 Euro setzt die Landesregierung ein Zeichen, wie wichtig ihr die im Koalitionsvertrag versprochenen guten Rahmenbedingungen für das Ehrenamt sind. Mit diesem Schritt werden sowohl die Angebote der Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung deutlich ausgebaut als auch die Initiative der Ministerpräsidentin „Ich bin dabei!“ nachhaltig weiterentwickelt. Zudem sollen 4,5 neue Stellen für den Bereich Ehrenamtsförderung geschaffen werden.

Die **Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung** in der Staatskanzlei bündelt und vernetzt die verschiedenen Ansätze der Förderung des ehrenamtlichen Engagements und ist Servicestelle für Vereine, Verbände, Stiftungen, Kommunen und ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger. Seit August 2018 gibt es auf Initiative der Leitstelle mit dem **„Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Rheinland-Pfalz“** eine neue Plattform zur Vernetzung vieler Organisationen und Akteure. Damit bietet die Landesregierung eine Möglichkeit für Austausch und Dialog, den bereichsübergreifenden Transfer von positiven Erfahrungen und Modellen sowie gemeinsame Strategieentwicklung in der Ehrenamtsförderung. Das Netzwerk tagt einmal im Jahr und wird Neuerungen und Entwicklungen aufgreifen.

„Demokratie gewinnt“

Jungen Menschen möglichst früh ein grundlegendes Verständnis für demokratische Prozesse und Möglichkeiten zur Partizipation zu vermitteln, ist ein großes Anliegen der Landesregierung. Der **jährliche Demokratietag** ist mittlerweile in Rheinland-Pfalz eine feste Institution und eine zentrale Plattform zur Förderung von politischer Bildung und bürgerschaftlichem Engagement von Kindern und Jugendlichen im ganzen Land. Hinter ihm steht ein starkes Netzwerk aus zivilgesellschaftlichen und staatlichen Organisationen. Beim Demokratietag 2017 wurde auf Initiative der Ministerpräsidentin das **Bündnis „Demokratie gewinnt!“** ins Leben gerufen. Das Bündnis will dazu beitragen, die Lern- und Lebensorte von Kindern und Jugendlichen demokratisch und partizipativ zu gestalten, damit sie von klein auf demokratische Haltung und Kompetenzen erwerben können.

Mit der Gründung des Bündnisses setzen das Land Rheinland-Pfalz und die mehr als 30 Partnerinnen und Partner ein klares politisches Signal für Vielfalt und Akzeptanz, Offenheit, Menschlichkeit und sozialen Zusammenhalt sowie gegen Extremismus jeglicher Art und Demokratiefeindlichkeit. Auf dem Demokratietag am 8. Oktober 2018 wurde eine erste Bilanz gezogen. Zahlreiche Projekte und neue Kooperationen sind bereits aus dem Bündnis hervorgegangen. Als wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Nachhaltigkeit wird **ab 2019 eine Geschäftsstelle für das Bündnis und den Demokratietag** eingerichtet.

Die Ministerpräsidentin wird alle geplanten Aktivitäten **2019** mit einer **„Ehrenamtsreise“** durch ganz Rheinland-Pfalz begleiten.

Europäische und internationale Zusammenarbeit

Die Landesregierung hat in einem ersten Schritt im Mai 2018 im Kabinett den **Europaplan RLP 2018** verabschiedet. Mit dem Dokument liegt erstmals ein operatives europapolitisches Arbeitsprogramm für die Arbeit der Landesregierung quer über alle Ressorts vor. Im Europaplan werden Querschnitts- und Ressortthemen von besonderer Bedeutung für den Zeitrahmen bis zum Ende der Legislatur der aktuellen Kommission im Herbst 2019 benannt – dabei werden sowohl relevante Themen und Legislativvorhaben auf der EU-Ebene in den Blick genommen, als auch

die europapolitische Arbeit im Land oder die grenzüberschreitende Kooperation. Das Dokument ergänzt die eher langfristig und programmatisch angelegte Europastrategie.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Großregion und am Oberrhein

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Großregion und am Oberrhein hat für die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz einen konkreten Mehrwert und ist innerhalb Europas vorbildlich. Zentrale Herausforderungen wie beispielsweise der Fachkräftemangel, der Klimaschutz und die Energiewende verlangen nach gemeinsamen Antworten. In der Großregion ist man mit der **Umsetzung des grenzüberschreitenden Rahmenabkommens zur Berufsbildung** auf einem guten Weg, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

GREATER GREEN ist ein Meta-Cluster in der Großregion. Initiator und Projektleiter sind das Umweltministerium RLP und die Hochschule Trier/Umweltcampus Birkenfeld. Es ist das europaweit erste grenzüberschreitende Netzwerk der Umwelttechnik und seine Zielgruppe sind andere Netzwerke aus Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Lothringen, Luxemburg und der Wallonie. Das Meta-Cluster unterstützt kleine und mittlere Unternehmen beim Ausbau ihres Produktangebots und hilft so bei der Erschließung neuer Märkte.

Andere Bereiche der internationalen Zusammenarbeit sind z.B. das **4er Netzwerk**, das im Jahr 2018 sein 15-jähriges Bestehen feiert. In 2019 steht das Jubiläum „**30 Jahre Partnerschaft Rheinland-Pfalz – Fujian**“ an. Die Landesregierung pflegt zudem ein weltweites Netz an Kontakten mit derzeit knapp 100 Staaten von Ägypten, China, Mexiko und Sri Lanka bis hin nach Zypern. Die Vertiefung dieser internationalen Kontakte und der Beziehungen zu den Partnerregionen sind der Ministerpräsidentin ein besonderes Anliegen. Die Stärkung der Zusammenarbeit mit dem Partnerland **Ruanda** wurde kürzlich durch eine Delegationsreise der Ministerpräsidentin untermauert.